

HEUTE MIT  
**WIRTSCHAFT  
REGIONAL**



# LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - [www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)

## Betreutes Wohnen

Geschäftsführerin Heidi Derungs Hasler blickt im Jahresbericht auf ein arbeitsintensives Jahr zurück. 5

## Ein «richtiger» Bobverband

An der GV des Bob- und Skeletonclubs Liechtenstein wurde ein wichtiger Auftrag gefasst. 19

Natürlich aus dem Eichenfass



## Postauto-Affäre

Überblick: Was wir wissen und was nicht 2

## Kritik an Messeleiter

Wiga-Messeleiter Paul Schlegel steckt ein 3

## Runde 71

Das Verbandsmusikfest steigt in Schaan 7

## 11 Wegbereiter\_Innen

Dieser Weg war steinig und schwer 15



## Kostenfalle Roaming

Im Urlaub lauern die Roaming-Tücken. Ein Experte gibt Tipps. 7

# Kosteneinsparungen durch verstärkte Zusammenarbeit

**Studie** Erfüllen die Gemeinden ihre Aufgaben heute noch zeitgemäss und effizient genug? Die Stiftung Zukunft.li ortet noch erhebliches Einsparpotenzial.

Desirée Vogt  
dvogt@medienhaus.li

Es ist eine emotionale Frage, die immer wieder gestellt wird: Ist es tatsächlich nötig, dass das kleine Land Liechtenstein in Ober- und Unterland und zusätzlich noch in elf Gemeinden unterteilt ist? Oder sollten sich die liechtensteiner Gemeinden nicht besser an vielen Gemeinden der Schweiz orientieren, fusionieren und somit Geld einsparen? Diesen Fragen hat sich nun die Stiftung Zukunft.li angenommen und zeigt in der neusten Studie «Effizienz-

potenzial der Gemeinden – Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Fusion» auf, welche Grössenordnung mögliche Effizienzpotenziale durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden bis hin zur Fusion haben könnten. So sollen dem emotional diskutierten Thema fundierte Fakten gegenübergestellt werden.

Die Ergebnisse sollen den Gemeinden, die bei den Vorarbeiten zur Studie miteinbezogen wurden, übrigens nicht nur präsentiert werden: Die Stiftung Zukunft.li gibt auch klare Empfeh-

lungen ab und zeigt Handlungsfelder auf.

## Einsparungen bei Fusion nicht so hoch wie erwartet

Das Ergebnis der Studie überrascht: Es zeigt sich, dass eine Fusion der Gemeinden nicht effizienter wäre als etwa eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sowie eine Auslagerung bestimmter Aufgaben an selbständige Organisationen. Das Effizienzpotenzial einer verstärkten Zusammenarbeit liegt demnach zwischen 5 und 7 Prozent des Nettoaufwands der Gemeinden,

bei Fusionen belaufen sich mögliche Einsparungen in der Grössenordnung zwischen 3 und 6 Prozent. Stiftung Zukunft.li empfiehlt den Gemeinden schliesslich, die finanzielle Gemeindeautonomie durch klare Aufgaben und Finanzierungsverantwortung zu stärken, das vorhandene Effizienzpotenzial durch verstärkte Zusammenarbeit und durch Auslagerung ausgewählter Ausgabenbereiche zu nutzen und die Gemeindeaufgaben- und -strukturen periodisch durch einen strukturierenden Prozess zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. 3

## Oerlikon verkauft Drive-Segment

**Börsengang** Oerlikon stellt sich neu auf und bringt eines seiner drei Segmente an die Börse. Die Drive Systems werden unter dem Namen Graziano Fairfield wohl im Herbst an die Börse kommen. Die Oberflächentechnologie, wie sie auch am Standort Balzers betrieben wird, wird dadurch innerhalb des Konzerns deutlich gestärkt. Der Börsengang des Segments Antriebstechnologien dürfte wohl an die 800 Millionen Franken in die Kassen des Oerlikon-Konzerns spülen. Damit werden auch Zukäufe wieder zum Thema. **Wirtschaft regional**



## Sapperlot

**Die Mühlen der Demokratie.** Ein echter Demokrat akzeptiert jeden Entscheid, der mittels Urnengang vollzogen wird. Trotzdem leben solche Entscheide auch von persönlichen Beziehungen, der Propaganda, vielen Nebengeräuschen, die letztlich sogar die Demokratie in Frage stellen, sowie der Wahlbeteiligung. Jüngstes Beispiel ist das Nein der Walliser zu den Olympischen Winterspielen 2026 bei einer Stimmbeteiligung von 62,6%. Somit wird es in absehbarer Zeit keine Winterspiele im Westen Europas geben. Auch die Hängebrücke in Liechtenstein blieb auf der Strecke. Etliche Kritiker betrachteten die Kosten von 1 Mio. Franken als zu hoch. Einerseits liefern Kosten zusammen, weil in den elf Liechtensteiner Kommunen Sitzungsgelder für die Gemeinderäte aufgelaufen sind. Zudem entstanden erhebliche Kosten für die Abstimmung in Balzers und Vaduz (Stimmzettel, Broschüre, Briefwahlverfahren, Wahlkommission), die sich in einem hohen fünfstelligen Betrag bewegen. Sapperlot: Demokratie hat auch seinen Preis und lässt viele Fragen offen. *Ernst Hasler*

## Spanien – Portugal war mit sechs Toren das erwartete Knüllerspiel



Weitere Bilder: [www.vaterland.li/fotogalerie](http://www.vaterland.li/fotogalerie)

**Fussball** Perfektes Wetter und ein sehr spannendes Abendspiel: Es hat gepasst gestern Abend an der WM-Meile in Vaduz. Spanien und Portugal schenkten sich nichts und erzielten zusammen sechs Tore beim 3:3-Remis. Morgen Abend dürfte es im Vaduzer Städtle erneut laut werden, die Schweiz spielt gegen Brasilien. **20, 24 bis 27**

Bild: Rudolf Schachenhofer

## Bedingte Strafe für IZRS-Mitglied

**Bellinzona** Das Bundesstrafgericht hat Naim Cherni, Vorstandsmitglied des IZRS und der Macher von zwei umstrittenen Videos, der unerlaubten Propaganda für Al-Kaida und verwandter Organisationen schuldig gesprochen. Er erhält eine bedingte Freiheitsstrafe von 20 Monaten. Die anderen Vorstandsmitglieder des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS), Nicolas Blanco und Qasim Illi, wurden freigesprochen. Die Bundesanwaltschaft (BA) hatte ihnen vorgeworfen, die Publikation der Videos abgesehen, bzw. beworben zu haben. Wie die Vorsitzende des Bundesstrafgerichts an der Urteilsöffnung am Freitag sagte, handle es sich bei dem umstrittenen Video mit dem religiösen Führer Abdallah Al-Muhaysinium Propaganda. (sda)





# Gemeinden sollen autonomer werden

**Empfehlung** Ein Punkt blitzt in der Studie der Stiftung Zukunft.li immer wieder hervor: Zu oft sind die Gemeinden einfach Mitfinanzierende und haben zu wenig Handlungsspielraum. Aufgaben sollen klarer zugeteilt werden – vor allem in vier Bereichen.

Desirée Vogt  
dvogt@medienhaus.li

Nicht nur, dass die Studie der Stiftung Zukunft.li zeigt, dass die Gemeinden das bestehende Effizienzpotenzial besser ausschöpfen und stärker zusammenarbeiten sollten: Sie beleuchtet auch Fragen der Gemeindeautonomie aus rechtlicher und finanzieller Perspektive. Das dürfte für die 11 Gemeinden des Landes von besonderem Interesse sein, zumal sie immer wieder auf das Subsidiaritätsprinzip verweisen und auch darauf pochen. Die Studie gibt den Gemeinden recht und kritisiert: Die Gemeinden können sich mit Ausnahme weniger Aufgabenbereiche nicht auf Subsidiarität und auf keinen grundlegenden Autonomieanspruch berufen. Fazit: «Das Land muss die Gemeinden mit einem relevanten Autonomiebereich und mit Entscheidungskompetenzen ausstatten.» Gemeinden dürften nicht zu reinen Verwaltungskörpern verkommen.

## Vermischung von Verantwortungen

Für Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut, Geschäftsführer Thomas Lorenz und Curdin Derungs von der HTW Chur, welcher die ökonomische Analyse vorgenommen hat, besteht kein Zweifel daran, dass Gemeinden und Land klarer regeln sollten, wer für welche Aufgaben und deren Finanzierung verantwortlich ist. Zwar sei mit dem Aufgabenteilungspaket von 2005 bereits ein grosser Schritt zur Umsetzung dieses Prinzips gemacht worden und die politische Diskussion rund um die Finanzbeziehungen und die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden habe durch eine im Herbst 2016 vom Landtag an die Regierung überwiesene Interpellation sowie durch ein Postulat im Frühjahr wieder an Fahrt aufgenommen. Trotzdem geht die Stiftung Zukunft.li in ihrer Studie

vor allem auf vier Hauptbereiche ein, bei welchen heute noch eine Vermischung von Vollzugs- und Finanzierungsverantwortung besteht und formulierte klare Lösungsvorschläge, die zu Diskussionen führen dürften.

## Gemeinde übernimmt die Alterspflege

Die Studie zeigt: 2016 waren 59 Prozent der Bildungs- und 75 Prozent der Sozialausgaben der Gemeinden durch Transferleistungen gebunden, bei denen den Gemeinden faktisch kein Gestaltungsspielraum zukommt. Bereits in der Publikation «Finanzausgleich – Argumente für eine Neuausrichtung» ist die Stiftung auf die vier relevanten Aufgabenbereiche eingegangen, in denen es heute noch Mischfinanzierungen gibt. Es handelt sich dabei um den Personalaufwand in Kindergärten und Primarschulen, die Ergänzungsleistungen und die Alterspflege sowie die wirtschaftliche Sozialhilfe.

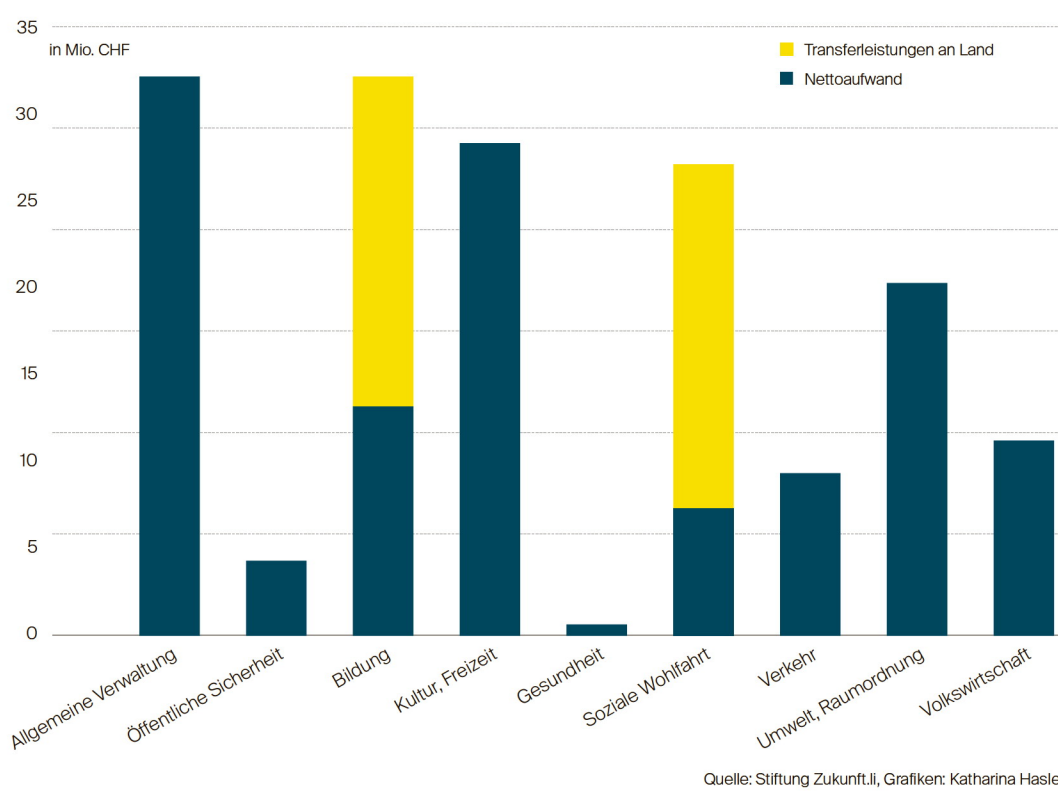
Dies werfe nun die Frage auf, ob ein gänzlicher Rückzug der Gemeinden aus den Bereichen Kindergärten/Primarschulen, Ergänzungsleistungen, Alterspflege und Wirtschaftliche Sozialhilfe das Ziel der Aufgabenteilung sein könne. Und die Antwort der Stiftung Zukunft.li darauf ist: Das Land soll für den Personalbereich von Kindergarten und Primarschule, für die wirtschaftliche Sozialhilfe und für die Ergänzungsleistungen die Vollzugs- und Finanzierungsverantwortung übernehmen. Den Gemeinden wird sie im Bereich der ambulanten und stationären Alterspflege übertragen.

Zur Begründung: Aus bildungspolitischer Sicht sei es nicht zielführend, dass sich in einem kleinen Land wie Liechtenstein gemeindeweise unterschiedliche Unterrichtssysteme in einem komplexen Bereich entwickeln. Das Land solle ein «Bildungs-Grundangebot» zur Verfügung



Peter Eisenhut (Stiftungsratspräsident Zukunft.li), Thomas Lorenz (Geschäftsführer Stiftung Zukunft.li) und Curdin Derungs (HTW Chur) präsentieren die Ergebnisse der Studie. Bild: Tatjana Schnalzer

## Transferleistungen der Gemeinden an das Land



stellen, als Konsequenz müssten sich die Gemeinden von den bestehenden Mitwirkungsrechten verabschieden. In Bezug auf die Wirtschaftliche Hilfe fänden sich kaum Argumente, das bestehende zentrale System abzulösen und im Gegenzug in den Gemeinden Know-how und Strukturen aufzubauen, um die Aufgaben dezentral wahrzunehmen. Doch in der Verfassung steht geschrieben, dass das öffentliche Armenwesen Sache der Gemeinden ist und so stünden sie eigentlich in der Verantwortung. Sollte das Land die Finanzierung übernehmen, wäre neben gesetzlichen Regelungen also auch eine Verfassungsänderung notwendig. Auch im Bereich Ergänzungsleistungen sieht die Stiftung Zukunft.li das Bedürfnis nach einer landesweit einheitlichen Regelung.

Hingegen soll die Alterspflege komplett in den Aufgabenbereich der Gemeinden fallen. Seit jeher hätten sie sich stark in diesem Aufgabenbereich engagiert, zudem bestehe das Argument der Bürgernähe. Trotzdem stelle sich weiterhin die Frage, in welchem Ausmass sich die öffentliche Hand in diesem Bereich engagieren soll.

## Weitere Einspartipps für die Gemeinden

Einspartipps für die Gemeinden hat die Stiftung Zukunft.li aber auch in den Bereichen Forstwirtschaft, Wasserversorgung Oberland sowie bestimmten Verwaltungstätigkeiten. Dies seien Beispiele von Aufgaben, die ohne relevanten Verlust von Bürgernähe durch ausgelagerte Einheiten, etwa gemeinsame Dienstleistungszentren, wahrgenommen werden könnten. Hier bestehe beträchtliches Effizienzpotenzial, das heute nicht genutzt werde. In den untersuchten Beispielen der Wasserversorgung und der Forstwirtschaft bewegt sich das Potenzial bei voller Ausschöpfung in einer Gröszenordnung von 20 bzw. 28 Prozent des Betriebsaufwands.

## Nationalrat Büchel will mehr Informationen zu Geldflüssen

**Postauto-Affäre** SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel hat gestern eine Interpellation eingereicht. Im September gibt es Antworten.

In Liechtenstein deutet derzeit nichts daraufhin, dass die Regierung oder die Justiz die Geldflüsse zwischen der Postauto Schweiz AG und der Postauto Liechtenstein Anstalt genauer untersuchen will. Dafür will jetzt der SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel aus Oberriet Antworten des Bundesrates. Er hat gestern eine Interpellation eingereicht unter dem Titel «Postautoskandal in Liechtenstein: Wurden die schweizerischen Steuerzahler «nur» um 17 Millionen betrogen oder um mehr?»

## Was kostete das «Liechtenstein-Abenteuer»?

Darin geht Büchel auch auf das «Versagen» der Revisionsgesellschaft KPMG ein. «Sind die Revisoren schlicht unfähig oder muss man damit rechnen, dass



Nationalrat Roland Rino Büchel aus Oberriet. Bild: key

z. B. auch Korruption ein Thema ist?» Aus liechtensteinischer Sicht ist spannend, dass Büchel von Bundesrätin Leuthard nach Jahren aufgeschlüsselt die Beträ-

ge wissen will, «um welche die Schweizer Steuerzahler beim Liechtenstein-Abenteuer der Postauto AG seit 2001 betrogen wurden».

## Büchel macht sich Sorgen um Beziehungen

Nationalrat Roland Rino Büchel macht sich auch Sorgen um die «guten Beziehungen» zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Er will deshalb vom Bundesrat wissen, in welchem Mass diese durch das Fehlverhalten der Postauto AG geschädigt wurden. Die Antworten auf die Fragen muss Bundesrätin Doris Leuthard in der Herbstsession liefern. Diese wird vom 10. bis 28. September abgehalten.

Patrik Schädler  
pschaedler@medienhaus.li

## Wiga-Messeleiter wird von Wirtschaft kritisiert

**Buchs** Der Werdenberger Wirtschaftsdachorganisation fehlt das Vertrauen in den Alleinverantwortlichen Paul Schlegel.

Die drei Verwaltungsräte und Mitaktionäre Urs Lufi (Präsident), Werner Marty und Peter Schibli haben an der letzten Generalversammlung der Wigab AG ihren Rücktritt erklärt. Ihre Aktien haben sie an Mitaktionär, Mitverwaltungsrat und Wiga-Messeleiter Paul Schlegel verkauft.

Ihre Rücktritte hätten sie schon vor Jahresfrist angekündigt, sagt Urs Lufi dazu. Damit ist die Wigab AG, die alle zwei Jahre die Wiga-Messe in Buchs durchführt, seit 12. Mai 2018 organisatorisch und kaufmännisch neu ein Einmann-Betrieb mit Paul Schlegel als alleinigen Verantwortlichen.

## Wirtschaftsorganisation stellt klar Forderungen

Die Scheidenden hätten ihm freigestellt, ob er die Wigab AG alleine führen oder neue Aktionäre

und Verwaltungsräte rekrutieren wolle, sagt Schlegel auf Anfrage des «W&O». Momentan mache er das alleine. Er sei aber bereit, eine Erweiterung der Trägererschaft ins Auge zu fassen, wenn das für das regionale Gewerbe ein Problem sei.

Das bereitet der Werdenberger Wirtschaftsorganisation (WVO) grosse Sorgen. Die Dachorganisation der Gewerbevereine in der Region hat «das neue Aktionärsverhältnis der Wigab AG» diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass allen sechs Gewerbevereine das Vertrauen in Paul Schlegel als Alleinverantwortlichen fehlt.

In einem Schreiben, das gestern Freitag an die Mitglieder der sechs Gewerbevereine und die Wigab AG, also an Paul Schlegel, verschickt worden ist, nennen

sie explizit «der fehlende Vertrauensbeweis in Ihre Person und die Tatsache der sehr undurchsichtigen Rechnungsstellung der letzten Messen». Sie fordern deshalb von Schlegel unter anderem, dass der operative und kaufmännische Bereich der Wiga getrennt werden muss. Schlegel zeigt sich gesprächsbereit. Den Vorwurf der «undurchsichtigen Rechnungsstellung» der letzten Messen weist er zurück. Dieses Thema werde er nächste Woche an einer Besprechung mit einer WVO-Delegation besprechen. Schlegel betont: «Die Abrechnungen für die Gemeinschaftsstände der Gewerbevereine ist korrekt erfolgt. Das haben mir Beteiligte heute bestätigt.»

Thomas Schwizer